

Dritte Runde der Deeskalationsgespräche im Stuttgarter Waldhotel

Ein Sprecherrat ohne Bezugsgruppe

Stuttgart (taz) - Im Stuttgarter Waldhotel, einer Nobelabsteige unweit des Fernsehturms am bewaldeten Rande der Stadt, wird am heutigen Vormittag die dritte und vielleicht letzte Runde der sogenannten Deeskalationsgespräche zur gegenseitigen Information, Abstimmung und Koordination gesellschaftlich relevanter Gruppen für den kommenden Herbst beginnen.

Engeladen hatte der Stuttgarter Kirchenrat Wolfgang Kilger Vertreter der Bürgerinitiativen (auch aus Teilen der Friedensbewegung), der Gewerkschaften, der Polizei, der Politik, der Wirtschaft, der Kirchen und Medien, um im engeren Kreise „Überlegungen anzustellen, wie schädlicher Gewalt bei Großdemonstrationen begegnet werden kann“. „Der Teilnehmerkreis ist um ein fruchtbares Gespräch zu ermöglichen - auf dreißig Personen beschränkt“, schreibt der Kirchenrat in seiner Einladung zur anschließenden Pressekonferenz. Der Verhandlungsort ist mit Bedacht gewählt, es ist still und friedlich dort oben im Degerlocher Wald, und auf den zahllosen Sportplätzen um das Hotel herrscht die olympische Idee - dabei ist alles. Argwöhnisch hatte ein Mitglied des BBU-Vorstandes und ebenfalls Teilnehmer an der letzten Gesprächsrunde im März dieses Jahres befürchtet: „Wenn der baden-württembergische Landespolizeidirektor Stümper die Sache zum richtigen Zeitpunkt rausbringt, kostet uns das den Kopf.“ Doch die Befürchtung war verfehlt; zwar hatte weder Polizeipräsident Stümper, noch sein Stellvertreter Dr. Gaa, noch deren beider Innenminister, Dr. Roman Herzog, darauf verzichten mögen, die Öffentlichkeit wenigstens in Andeutungen über die bislang geheimen „Deeskalationsgespräche“ zu unterrichten, die Köpfe der Gesprächsteilnehmer aus den Reihen des BBU-Vorstandes aber blieben nicht nur auf ihren Hälsen, sondern verhandelten weiter im intimen Kreis im Stuttgarter Waldhotel. Den Feind und Störenfried der bisher geheimen Verhandlungen zwischen den genannten „gesellschaftlichen Gruppen“, Vertretern des BBU, der Friedensbewegung und der Polizei hatte Dr. Wolfgang Sternstein - BBU-Vorstandsmitglied und Teilnehmer an den vorangegangenen Gesprächsrunden, in der Presse - allen anderen Organen voran der Tageszeitung - ausgemacht.

Die Veröffentlichung eines „Staatsvertragsentwurfs“, der gemeinsam von BBU-Vorstandsmitglied Sternstein und dem Referenten des baden-württembergischen Polizeidirektors ausgearbeitet wurde und der heutigen Runde zu Diskussion und Beschluß vorliegt, veranlaßte Friedensforscher Sternstein gar zur Verbreitung eines anonymen Flugblatts auf den gutbesuchten Veranstaltungen der Mutlanger Blockadetege. Unter dem Titelkopf „die Tageszeitung“ wirft er darin derselben in blühendem Boulevardstil vor, „Bildzeitungsjournalismus“ zu betreiben, zahllose Falschmeldungen, Verleumdungen und bössartige Unterstellungen zu verbreiten und ruft zum Boykott der Tageszeitung auf. Auf Nachfrage meint Sternstein, der die Artikel seines Flugblatts mit Namenskürzeln von taz-Redakteuren versehen hatte, er habe vergessen, seinen Namen als Urheber unter das Flugblatt zu setzen. Der Konflikt innerhalb der Friedensbewegung um die „Deeskalationsgespräche“ sei nicht durch dieses Gespräch selbst, sondern erst durch die „üble Berichterstattung der Tageszeitung“ entstanden, meinte Sternstein bei einer Diskussionsveranstaltung in Schwäbisch-Gmünd am vergangenen Wochenende.

Die heutige dritte Runde der „Deeskalationsgespräche“ soll mit einer Pressekonferenz um 12.30 Uhr beendet werden.

diwi

Stellungnahme der Atommüllkonferenz

Im folgenden dokumentieren wir eine gekürzte Stellungnahme zur Teilnahme des BBU an den Polizeigesprächen in Stuttgart, die von der Atommüllkonferenz am vergangenen Wochenende verabschiedet wurde. Der BBU trifft sich am Freitag zu einer Bundesvorstandssitzung.

(...) Das Papier, das von Wolfgang Sternstein und einem Abgesandten der Polizeiführung als Ergebnis der Verhandlungen formuliert wurde, hat uns mit Wut und Empörung erfüllt. Ohne damit einer detaillierten Kritik und Auseinandersetzung

vorgreifen zu wollen, möchten wir zwei Punkte herausgreifen, die uns besonders schwerwiegend erscheinen.

In diesem Papier wird der Widerstand gegen die Aufrüstung (und damit analog auch der gegen Atomanlagen) in einen staatstragenden Rahmen gezwängt und darauf gehofft, die Herrschenden mit Argumenten zu überzeugen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß nicht unsere guten Argumente die Regierenden zur Aufgabe von Atomprojekten zwingen, sondern eher ein entschlossener Widerstand, der nicht, wie Wolfgang Sternstein, den Konsens mit der Friedensmacht sucht. Gleichzeitig wird in diesem Papier durch die Individualisierung des Widerstandes ein Beitrag zur Spaltung und Zersplitterung der Bürgerinitiativ-Bewegung geleistet.

Schließlich hat für uns die Hinnahme von Mehrheitsentscheidungen, die in dem Papier kategorisch gefordert wird, Grenzen; z.B. dort, wo es um existenzbedrohende Fragen geht. Darüberhinaus meinen wir, daß es zweifelhaft ist, ob in diesem Staat Mehrheiten über wichtige Fragen entscheiden. Eher wird bereits gefällten Entscheidungen durch den massiven Einsatz von Propagandamitteln und Pressemacht zur Akzeptanz in der Bevölkerung verholfen (siehe z.B. die anlaufende Nachrüstungs-Info-Kampagne der Bundesregierung) oder sie werden in den Mitteln des Polizeistaats gegen die Bevölkerung durchgesetzt (z.B., an der Startbahn-West, in Lütchow Dannenberg). (...)

Berichtigung zum Bethmann-Interview: Wenn der Banker mit der taz...

Beim Abdruck des taz-Interviews mit Bankier Bethmann (Magazin Dienstag) sind uns leider wieder mal entscheidende Satzfehler unterlaufen. Da in einer Passage des Streitgesprächs über die Weltwährungs-krise die Dollarspekulation gar die Meinung des Bankiers mit der des taz-Redakteurs vertauscht wurde, müssen wir hier die Fronten zurechtrücken. Bankier Bethmann ist nach wie vor der Meinung, daß die hohen Zinsen in den USA dem Dollarkurs schaden und ihn nicht stützen, wie gemeinhin angenommen wird - und eben auch vom taz-Redakteur. Die vertauschten Streit-Argumente lauten richtig.

taz: Tatsache ist doch, daß die ökonomischen Rahmendaten der USA, das hohe Zahlungsbilanzdefizit und die Verschuldung der öffentlichen Hand in der astronomischen Höhe von 7.000 Milliarden Dollar eigentlich gegen den Dollar und Dollaranlagen sprechen. Jeder Spekulant wäre doch nach diesen Daten völlig borniert, wenn er unter diesen Bedingungen sein Geld in den USA anlegen würde. Nur das eklatant hohe Zinsniveau ermöglicht doch erst die ganze Finanzierung des US-Haushaltsdefizits vom Ausland her.

Bethmann: Das unterstellen viele, aber ich halte dagegen, daß der hohe Zins dem Dollar schadet. Die USA haben sich dadurch einen Haufen fauler Forderungen eingehandelt.

Aber es würde doch keiner mehr Dollaranlagen tätigen, wenn der Zins dort absackte? Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß wir einen Riesenstrom „in den Dollar“ haben...

...pro Monat immerhin 4 bis 5 Milliarden DM allein aus der BRD.

Kennen Sie die gegenläufigen Ströme? Es kommt doch auf den Saldo an.

Aber der Dollar kann doch derzeit nur stark sein, weil per Saldo eben die großen Summen in die USA fließen und Dollars gekauft werden.

Das muß gar nicht mal so furchtbar viel sein, um einen Preis in Bewegung zu bringen. Es ist auch ein Irrtum, anzunehmen, daß eine Währung mit hohen Zinsen aufwertungsverdächtig sei.

Die statistischen Zusammenhänge sind hier eindeutig, was die Dollar-DM-Zinsdifferenz und die Dollar-DM-Kursentwicklung ausmacht.

Wechselkursfragen sind außerordentlich kompliziert und meines Erachtens überhaupt noch nicht zu Ende überlegt...



10.000 Werft-Arbeiter und Bremer Bürger demonstrieren vor dem Rathaus gegen die Schließung der AG Weser (2.9.1983) Foto: Kai von Appen

KSZE-Konferenz vor dem Abschluß

10 Jahre diplomatischer Eiertanz

Mit der Unterzeichnung der Schlußakte soll am Freitag das zweite Nachfolgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) abgeschlossen werden. 32 europäische Staaten sowie die USA, Kanada und die UdSSR wollen das Dokument unterzeichnen. Erst wenige Stunden vor Beginn des KSZE-Treffens hatte auch Malta seine Bereitschaft zu einer Unterzeichnung des Abschlußdokuments erklärt.

Das wichtigste Ergebnis der Konferenz stellt die Einberufung einer Europäischen Abrüstungskonferenz dar, die Anfang 84 in Stockholm beginnen soll. Ob jedoch auch die USA letztendlich zur Unterzeichnung bereit sind, scheint offen. Außenminister Shultz soll von Reagan die Anweisung erhalten haben, als Vorbedingung von Gromyko die volle Aufklärung über den Abschluß der südkoreanischen Boeing zu verlangen.

Mit der Unterzeichnung des Schlußdokuments geht nach nunmehr über zehn Jahren eine von den auf dem internationalen Parkett der Abrüstungsdiplomaten und Sicherheitsexperten hervorragenden Inszenierungen zu Ende. Mit hochgesteckten Zielen wurde die KSZE 1973 feierlich in Helsinki eröffnet. Über vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich, wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie über Völkerverständigung und Respektierung der Menschenrechte sollte mehr Sicherheit in Europa erzielt und der Weg zur Abrüstung geebnet werden. Dies wurde in den sogenannten 3 „Körben“ in der 1975 unterzeichneten Schlußakte von Helsinki festgehalten. Einen völkerrechtlichen Vertrag stellt diese Schlußakte allerdings nicht dar, die KSZE-Dokumente sind lediglich Verpflichtungserklärungen, die keinen z.B. vor der UNO einklagbaren Charakter besitzen.

Die weitere Geschichte der KSZE liest sich vor allem in den letzten Jahren als eine Aneinanderreihung von Beschuldigungen und endlosen Streitereien um die Tagesordnung. Das zweite Folgetreffen der KSZE im Jahre 1977 und 1978 in Belgrad brachte nicht das geringste Ergebnis. Sichtbar wurden damals schon die innenpolitischen Verschiebungen in den USA, im Zuge derer die Rechten und Ultrarechten immer mehr Oberwasser bekamen und immer lauter nach der Abkehr von der bis dahin geltenden Entspannungspolitik riefen. Die KSZE-Treffen wurden von nun an von den USA umfunktioniert zu einem Forum der Anklage gegen Menschenrechtsverletzungen in den östlichen Staaten. Unter diesem Zeichen stand auch die 2.Folgekonferenz, die im November 1980 in Madrid begonnen hatte. Zahllose Unterbrechungen und Diskussionen und endlose Anklagen gegen die UdSSR infolge des Einmarsches in Afghanistan und des Kriegsrechts in Polen waren bestimmend für deren Verlauf. Über die in „Korb 3“ der in der Helsinki-Schlußakte enthaltenen vertrauensbildenden Maßnahmen wurde überhaupt nicht mehr diskutiert, geschweige denn über die Vereinbarung, Manöver rechtzeitig anzukündigen und Beobachter der Gegenseite zuzulassen, hinausgehende Vereinbarungen getroffen. Immer wieder geisterte das Gespenst vom

„Scheitern der KSZE“ durch die bundesdeutsche Medienlandschaft, als die Blockfreien Länder im März dieses Jahres einen Kompromißvorschlag einbrachten. Darin waren die Menschenrechtsforderungen der USA in einer für die UdSSR annehmbaren Weise formuliert. Ferner enthielt er den Vorschlag der Einberufung einer Europäischen Abrüstungskonferenz sowie eines Rüstungstreffens über Menschenrechtsfragen, das 1985 stattfinden soll.

Die UdSSR stimmte dem Vorschlag zu, veranstaltete allerdings einen endlosen diplomatischen Eiertanz um die Forderung, diese Menschenrechtskonferenz nicht in die Abschlußklärung, sondern lediglich in einen Begleitbrief aufzunehmen. Damit soll verhindert werden, daß die Menschenrechtskonferenz unter der sowjetischen Bevölkerung bekannt wird. Denn alle KSZE-Staaten sind verpflichtet, die Schlußdokumente in ihren Staaten zu publizieren. Auf diesen Kompromiß konnte man sich schließlich einigen - auch die USA gab vor einigen Wochen ihre Zustimmung.

Der Inselstaat Malta, der bereits 1975 bis zuletzt mit der Weigerung, die Helsinki-Abschluß-Akte zu unterzeichnen, gedroht hatte, gilt unter den Konferenzteilnehmern als der notorische Störenfried. Ziel der Regierung Malts ist es, durch die Hintertür der KSZE den Status der Neutralität zu bekommen sowie die KSZE-Regelungen auch auf den Mittelmeerraum auszudehnen. Hinter der diesbezüglichen Weigerung der westlichen Staaten, insbesondere der USA, stehen machtpolitische Gründe. Da der Mittelmeerraum für eventuelle militärische Kraftmeiereien der USA im Nahen Osten eine wichtige strategische Bedeutung besitzt, sind die USA daran interessiert, dieses potentielle Aufmarschgebiet aus den wie auch immer minimalen Kontrollen, die die KSZE durch die Ankündigung von Truppenbewegungen bietet, freizuhalten. Während der Verkündung des Abschlußdokuments wollen alle Teilnehmerstaaten der KSZE nunmehr in einer wohlwollenden Erklärung die Unterstützung und Anerkennung der maltesischen Wünsche zusagen. Auf diesen Kompromiß willigte Malta letztendlich ein.

Vor allem die Europäer zeigen ein großes Interesse an dem Zutandekommen des Abschlußdokuments - wird doch darin der Beginn einer Europäischen Abrüstungskonferenz (KAE) erklärt. In der ersten Phase dieser Konferenz soll es um über Manöverankündigungen hinausgehende vertrauensbildende Maßnahmen gehen,

anschließend um konventionelle Abrüstungsmaßnahmen.

Die Bedeutung dieser Abrüstungskonferenzen wird von Seiten der Europäer in einer von den USA mit ihrer Unterschrift verbrieften Bestätigung gesehen, daß die in den 70er Jahren begonnene Entspannungspolitik weitergeführt werden kann. Vor allem von der Bundesregierung wird immer wieder die Bedeutung der Schlußklärung und der daran anschließenden Abrüstungskonferenzen im Zusammenhang mit der Stationierung von Pershing und Cruise Missiles hingewiesen.

Die KAE könne ein Forum sein, so Außenminister Genscher, um die guten Beziehungen zur DDR und zu den Ostblockstaaten aufrechtzuerhalten. Gegensätzliche militär-strategische Interessen werden jedoch auch auf der KAE eine entscheidende Rolle spielen. Schon heute ist absehbar, daß es in der Frage des Geltungsbereichs dieser Konferenz nicht zu vereinbarenden Interessen geben wird; dieser ist auf das Gebiet Europas einschließlich des westlichen Teils der UdSSR festgelegt. Die Forderungen der UdSSR zielen jedoch auf die Berücksichtigung der im Atlantik gelegenen Azoren. Die USA haben sich bislang strikt dagegen gewehrt, da bei einem Eingreifen der USA im Nahen Osten die Azorenstützpunkte von zentraler Bedeutung sind. urs

Rheinmetall Kauft sich die Saudis ein

Von Gerüchten aus Börsenkreisen, wonach sich Saudi-Arabien über zwei Schweizer Banken mit 24,5 Prozent am Grundkapital (90 Millionen DM) der Rheinmetall Berlin AG, Berlin/Düsseldorf, beteiligt, zeigten sich Sprecher des Unternehmens in Düsseldorf überrascht. Bei der Gebr. Röchling KG Mannheim, die über die Röchling Industrie Verwaltung GmbH, Saarbrücken, mit 76,8 Prozent an Rheinmetall beteiligt ist, hieß es, man wolle den Börsengerüchten aus der Schweiz nachgehen, könne aber zu Gerüchten keine Stellungnahme abgeben. Man halte nach wie vor eine Beteiligung von 76,8 Prozent an Rheinmetall. Konkrete Absichten, Anteile zu verkaufen, gebe es nicht. Den Angaben aus der Schweiz zufolge könnten über die geplante Beteiligung von 24,5 Prozent, die zu einer Sperrminorität (25 Prozent plus eine Aktie) ausgebaut werden könnte, ein oder zwei Saudis in den Aufsichtsrat von Rheinmetall kommen. Auf der Hauptversammlung von Rheinmetall am 24. August war genehmigtes Kapital von 45 Millionen DM geschaffen worden. Zu Spekulationen, wonach Saudi-Arabien über diese Kapitalerhöhung bei Rheinmetall einsteigen könnte, hieß es bei Röchling, daß es für die Kapitalerhöhung noch kein Konzept gebe. Rheinmetall beschäftigt in seinem Wehrtechnikbereich mit einem umfangreichen Panzerprogramm und einem Umsatz von etwa 850 Millionen DM über 3.500 Mitarbeiter. Die Gerüchte über das angebliche Engagement von Saudi-Arabien bei Rheinmetall würden möglicherweise durch das seit langem bekundete große Interesse der Saudis an dem Panzer Leopard II genährt, an dessen Produktion Rheinmetall maßgeblich beteiligt ist. (dpa)

Sonderkommission untersucht Göttinger Bombenanschlag Bisher keine Spur

Die Göttinger Polizei hat eine Sonderkommission zur Aufklärung des Bombenanschlags gebildet, bei dem am Dienstag ein Schaden von zwei bis drei Millionen Mark entstanden ist. Wie die Kripo am Dienstag mitteilte, gibt es bisher keine Hinweise auf die Täter. Bei dem Anschlag auf ein viergeschossiges Wohn- und Geschäftshaus waren Menschen nicht zu Schaden gekommen. Ein anonymes Anrufer hatte die Explosion kurz vorher bei der Polizei angekündigt. (dpa)